

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Für eine deutsche Arktis-Strategie angesichts geostrategischer Herausforderungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt uns deutlich vor Augen, dass auch das Prinzip des „arktischen Exzeptionalismus“ überdacht werden muss. Die militärische Sicherheit in der Arktis, die auch die Nordostflanke der NATO betrifft, muss viel mehr als bisher ein Thema deutscher Politik werden, da sich die geostrategische Lage dramatisch verändert hat. Seit 2014 nimmt Russland auch in der Arktis eine konfrontative Rolle ein, macht sehr weitgehende territoriale Ansprüche geltend und baut seine militärischen Fähigkeiten in der Region massiv aus.

Auch China bezeichnet sich in seinem „Weißbuch zur arktischen Politik“ „arktischnah“ und als „wichtiger Beteiligter“, stellt in anderen Regionen mit der Schaffung von Fakten – trotz anderslautender Erklärungen – zunehmend die Regeln der internationalen Ordnung in Frage und bereitet ähnliche Expansionsabsichten an vielen Fronten (Taiwan, Südchinesisches Meer, diverse Grenzfragen mit Nachbarstaaten) militärisch vor. China nutzt dabei die selbstverursachte Schwäche Russlands, um selbst Kontrolle über Rohstoffe, Handelswege und Infrastruktur zu erhalten. Chinesische und russische Kriegsschiffe dringen auch gemeinsam in arktische Gewässer vor.

Angestoßen durch die dramatischen Klimaveränderungen, das Abschmelzen der polaren Eiskappen sowie einen erhöhten Bedarf an Ressourcen und den damit zu erzielenden monetären Gewinnen, drängen Russland wie China in die Arktis, um sich Rohstoffe und neue Einkommensquellen zu sichern und ihr Einflussgebiet auszuweiten. Vom Eis freigegebene Schifffahrtswege wie die Nordost- und Nordwestpassage und voraussichtlich in 10 bis 15 Jahren der direkte Weg über den Nordpol eröffnen neue Handelsrouten, die wichtige Alternativen etwa zum Suez- und Panama-Kanal bieten können.

Auf diese geänderte Weltlage sollte die deutsche Arktispolitik eingehen, um zu Frieden und Sicherheit in der Arktis beizutragen und Deutschlands Interessen in Zusammenarbeit mit alliierten und befreundeten Nationen, insbesondere den EU-Partnern, durchzusetzen.

Zur Reduzierung der negativen Auswirkungen des Klimawandels auch auf die Arktis leisten der europäischen Grüne Deal (EGD) und Deutschlands Klimaschutzanstrengungen wichtige Beiträge. Der Schutz arktischer Gewässer vor Verschmutzung und Zerstörung teilweise noch unbekannter Ökosysteme muss ebenso Handlungsantrieb

deutscher Arktispolitik sein. Dabei spielt die internationale Klimadiplomatie, die sich auf die größten Emittenten klimaschädlicher Gase fokussieren sollte, eine wichtige Rolle. Die Entsorgung z. B. radioaktiver sowjetischer militärischer Altlasten im arktischen Meer und die Verhinderung neuer Gefahrenquellen wie etwa schwimmende Atomkraftwerke sollte auf die internationale Agenda gesetzt werden.

Verträge wie das Seerechtsübereinkommen der UN von 1982 bleiben wichtig für die Stabilität in der Region, die Schifffahrt und den Welthandel. Die Einhaltung dieser internationalen Regelwerke muss überwacht werden. Verstöße dagegen müssen mit spürbaren Konsequenzen verbunden sein. Die Staaten der freien Welt sollten gemeinsam an der Durchsetzung der bestehenden Regeln arbeiten, wobei Deutschland eine aktive, mit den EU-Partnern abgestimmte Rolle einnehmen sollte.

Um neue Abhängigkeiten von undemokratischen Regimen zu vermeiden, sollten alle demokratischen Arktis-Anrainer, aber auch Deutschland als Handelsnation, selbst strategische Investitionen tätigen, um z. B. Kommunikation in der Arktis zu ermöglichen und neue Schifffahrtsrouten durch die Arktis zu erschließen.

Gleichzeitig braucht auch die NATO als Stabilitätsfaktor in der Region ein Echtzeit-Lagebild zumindest der strategisch wichtigen Regionen, besonders auch um wichtige Infrastrukturen, sowie sichere Kommunikationswege. Das Bündnis muss in der Lage sein, in der Arktis zu operieren und regelmäßig dort üben. NATO-Truppen müssen auch in der Arktis potenziellen Gegnern überlegen sein, um militärische Konflikte wirkungsvoll abzuschrecken. Dazu sind Investitionen in militärische Spezialfähigkeiten notwendig. Deutschland sollte im Rahmen der NATO auch einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit in der Arktis leisten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,
1. die multilaterale Zusammenarbeit mit den Arktis-Anrainern außer Russland im Arktischen Rat, in der NATO, im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, beim Arctic Security Forces Roundtable und der Nordischen Verteidigungskooperation zu intensivieren, um den Frieden in der Arktis durch eine vertiefte Kooperation zu erhalten und negative Konsequenzen für rechtsbrechende Nationen zu beschließen;
 2. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Arktis-Strategie der EU überprüft und gegebenenfalls an die aktuelle geopolitische Lage angepasst wird;
 3. zur Stärkung der NATO-Nordostflanke durch militärische Präsenz auch der Deutschen Marine in der Arktis und arktisnahen Gewässern Russland und China von einem Bruch internationaler Abkommen in der Arktis abzuschrecken, z. B. auch durch „Freedom of Navigation“-Fahrten der Deutschen Marine im arktischen Meer im Rahmen der NATO. Dazu gehört auch die Teilnahme an NATO-Übungen im Hohen Norden;
 4. sich dafür einzusetzen, dass das Seerechtsübereinkommen dahingehend ergänzt wird, dass zeitweise vereiste Gewässer innerhalb der Exklusiven Wirtschaftszonen im eisfreien Zustand keinen Durchfahrtsbeschränkungen unterliegen dürfen und dass etwaige Durchfahrtsbeschränkungen oder Auflagen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit unterliegen müssen. Rechtlich zuständig ist der Internationale Seegerichtshof in Hamburg;
 5. die 45-tägige Anmeldefrist Russlands für die Nordostpassage vor dem Internationalen Seegerichtshof prüfen zu lassen, besonders auch für die Situation, in der diese vollständig eisfrei ist;

6. sich gemeinsam mit unseren Alliierten und befreundeten Nationen dafür einzusetzen, dass vorhandene Umweltstandards in der Arktis eingehalten, militärische Altlasten im arktischen Ozean erkundet und wenn möglich entsorgt und neue Kontaminationsquellen in der Arktis verhindert werden, in dem umweltfreundlichere, alternative Konzepte etwa zur Energieversorgung in abgelegenen Regionen entwickelt und gefördert werden;
7. im Rahmen der Klimadiplomatie auf die größten Emittenten klimaschädlicher Gase einzuwirken, diese im Gleichschritt mit Deutschland zu verringern und mit den betroffenen Ländern die schlimmsten Folgen des Klimawandels gemeinsam zu bekämpfen, wie z. B. die borealen Feuerbrände in Kanada und Sibirien, die immer früher beginnen, weiter nach Norden vordringen und im Jahr 2022 eine Fläche betrafen, die etwa der Hälfte Deutschlands entspricht. Dazu könnte die EU eine gemeinsame Löschflugzeug-Flotte beschaffen, die anlassbezogen allen EU-Ländern und zur Katastrophenhilfe auch Drittländern zur Verfügung gestellt werden könnte;
8. gemeinsam mit unseren Alliierten und im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU arktistaugliche Sensor- und Kommunikationsplattformen zur Erstellung und Übermittlung eines Echtzeit-Lagebilds entwickeln zu lassen und zu beschaffen;
9. durch strategische Investitionen oder Investitionshilfen auch in Zusammenarbeit mit unseren Alliierten und befreundeten Nationen zu verhindern, dass wichtige Arktis-Infrastrukturen wie Häfen, Flughäfen oder Kommunikationsinfrastrukturen unter die Kontrolle des russischen oder chinesischen Staates kommen oder neue Abhängigkeiten von diesen Staaten entstehen;
10. das Erreichen des Zielbilds für die Deutsche Marine ab 2035 schnellstmöglich in Bezug auf alle relevanten Dimensionen wie Material, Personal und Ausbildung sicherzustellen und die dafür notwendigen Haushaltsmittel zeit- und bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen, sodass die Deutsche Marine über alle notwendigen Fähigkeiten verfügt, die unter anderem in Konsequenz dieses Antrags notwendig sind.

Berlin, den 9. April 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

